

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Politikwechsel wird notwendiger

Kaum war der Wahlabsturz vorbei, da denken Sozialdemokraten über das Auswechseln von Ministern nach. Es wird nix nützen - die Politik muß verändert werden.

Und das gilt für Berlin genauso wie in unserer Stadt.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen sind ein klarer Protest gegen die Politik des Sozialabbaus.

Wer jetzt genau so weiter macht wie vorher, sollte durchaus in stiller Stunde mal an die nächste Wahl denken. Auch an die nächste Kommunalwahl.

Momentan schauen einem die Sozialdemokraten zwar an wie ein waidwundgeschossenes Reh, aber dann hört man meist, „Bei den Schwarzen wäre alles noch viel Schlimmer“ und „Es gibt zu dieser Politik keine Alternative“.

Sicher stimmt der erste Satz, der zweite ist politischer Unsinn.

Auf allen Ebenen hat die Bundesregierung in den letzten Jahren das Kapital gestreichelt und die „kleinen Leute“ belastet.

Das Wahlergebnis war die Quittung. Aber schon machen sie den nächsten Blödsinn. Nach wochenlangem Trommelfeuer der Unternehmensverbände hat die Bundesregierung die vollumfänglich angekündigte Einführung einer gesetzlichen Abgabe für nichtausbildende Betriebe zur Schaffung neuer Lehrstellen ad acta gelegt. Statt dessen wurde ein

„Ausbildungspakt“ zwischen der Regierung und den großen Wirtschaftsverbänden unterzeichnet. Er sieht die Schaffung von 30.000 neuen Lehrstellen für das kommende Ausbildungsjahr vor. Der Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, Die-

ter Hundt, betonte jedoch, daß es sich dabei nicht um zusätzliche Stellen handele, da nicht auszuschließen sei, daß bisher angebotene Ausbildungsplätze wegfallen würden. Auch der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, sieht in dem Pakt nach eigenem Bekunden keinerlei bindende Verpflichtung. Grüne, FDP, CDU/CSU lobten die Vereinbarung. Der DGB meint: Alle bisherigen Erfahrungen mit Selbstverpflichtungen legten die Befürchtung nahe, daß sich die Wirtschaft ohne ein Gesetz schon bald nicht mehr an ihre Versprechen erinnern wird. Der Pakt bedeutet, daß sich die Wirtschaft mit dem Segen der Politik aus der Verantwortung stiehlt, allen jungen Menschen eine Zukunftschance zu geben. Der sich abzeichnende Mangel an Lehrstellen ist eine nationale Katastrophe.

Leider zeigt sich die SPD-Führung wild entschlossen, ihre konsequente Sozialkrisenpolitik fortzusetzen. Mit Blick auf die Wahlniederlagen sagte Müntefering, daß es in der SPD jetzt zwar sicherlich „eine kritische Debatte“ geben werde, der eingeschlagene „Reformweg“ sei aber alternativlos. Bereits vorher hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Jahrestagung des BDI in Berlin bekräftigt, die Fortsetzung der „Reformpolitik“ sei „kein Problem – jedenfalls nicht für mich“.

Wichtiger als Wählen ist gemeinsame Gegenwehr. Wahlen im Kapitalismus ändern nichts an den wahren Machtverhältnissen - sonst wären sie längst verboten.

Entscheidend bleibt der Widerstand gegen Sozialabbau. In Berlin und hier.

Auf den Punkt gebracht

Wenige Tage nach dem 13. Juni waren die Wahlergebnisse dieses Tages schon wieder ziemlich verdrängt. Fußball ist Thema.

Trotzdem sollte man sich noch einmal kurz erinnern. Bei der Europawahl kam die CDU/CSU auf 44,5% und die SPD erhielt ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik bei nationalen Wahlen und erhielt 21,5%.

Der Niedergang der SPD bei allen Wahlen kann einem nicht freuen, wenn gleichzeitig die Schwarzen gewinnen.

Aber man muß festhalten, das ist die ureigenste Sache der Sozialdemokraten selbst. Bei der Bundestagswahl im September 1998 nahm die SPD der CDU/CSU hundert Direktmandate ab und überschritt in mehreren Bundesländern die 50%-Marke. Die CDU wurde abgewählt und bekam ihre Quittung für ihre sozialreaktionäre Politik. Die Deutsche Bank und das Kapital meinten, mit dem Abgang der Kohl-Regierung sei ein Stabilitätsfaktor verloren gegangen.

Alles Geschichte. Innerhalb weniger Jahre zeigt sich für jeden, der es sehen will, die Macht im Staat hat das Kapital behalten und sogar ausgebaut. Die Hoffnungen vieler SPD-Wähler, Gewerkschafter, Rentner, und vieler links denkenden Menschen - wurde tief enttäuscht. Die SPD rutscht immer mehr ab, auch bei den nächsten Wahlen werden wir es merken.

Das Schlimmste, sie machen so weiter als sei nichts geschehen. Von Müntefering bis Brehlhörman: Es gibt zur Politik des Sozialabbaus keine Alternative. Dann aber haben sie auch die Verantwortung für die Ergebnisse. Punkt.

*Wenn dich deine Feinde loben,
hast du etwas falsch gemacht.
Tadeln sie dich,
dann bist du auf dem richtigen Wege.*
August Bebel

Kapital und Kanzler im Palast der Republik

Engeladen hatte der Bundesverband der Deutschen Industrie. Anwesend die Crème de la Crème des deutschen Kapitals. Bundeskanzler Schröder und die Vorsitzenden von FDP, Grünen, und CDU unterstützten den vom BDI-Chef Michael Rogowski unmißverständlich geforderten neoliberalen Crashkurs. Rogowski: „Die Unternehmen brauchen „mehr Freiheit und weniger Regulierung“. Ausdrückliches Lob hatte Rogowski für den Kanzler parat. Dieser habe „trotz Gegenwind aus den eigenen Reihen“ ein „wichtiges Reformpaket geschnürt“. Er hob dabei Lockerungen beim Kündigungsschutz, die Absenkung der Arbeitslosenhilfe, die Verpflichtung zur Niedriglohnarbeit und den Einstieg in die Privatisierung der Renten- und Gesundheitsvorsorge hervor. Der BDI-Chef forderte die Politik auf, sich nicht von „der Stimmung der Wähler“ ins Wanken bringen zu lassen, sondern mutig voranzuschreiten: „Noch beschränken wir uns auf Reparaturen an bestehenden Systemen. Teilweise brauchen wir aber ganz neue Systeme“. „Staatsfürsorge als Lebensstil“ dürfte es künftig ebensowenig mehr geben wie „starre Tarife“, so Rogowski. Kritik übte er am Abbau von Steuervergünstigungen für Unternehmen und „Eingriffen in den Markt“ bei der Energiepolitik. Als Hauptaufgabe bezeichnete er die weitere Verbilligung der Arbeitskraft in Deutschland.

Bundeskanzler Gerhard Schröder bekräftigte in seiner Rede, daß er sich auch durch die desaströsen Wahlergebnisse seiner Partei nicht von seinem „Reformkurs“ abbringen lassen werde.

Noch Fragen?

- * Zur Erinnerung: August Bebel war einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

Erfolge für die PDS

Bei der EU-Wahl konnte die PDS 11.948 Stimmen hinzugewinnen und zieht damit erneut und mit nunmehr 7 Abgeordneten, darunter Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger, ins EU-Parlament ein. Erstmals ist die PDS in einem Bundesland (Brandenburg) wählerstärkste Partei geworden, und das mit klarem Vorsprung. In vier Bundesländern - Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern - liegt die PDS auf Platz 2.

Beiden EU-Wahlen verlor die PDS in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern Stimmen, offensichtlich als Quittung für die Beteiligung an einer Politik des Sozialabbaus durch die Landesregierungen. Die DKP trat neben der PDS zur bundesweiten Wahl an. Große Teile kommunistischer Wählerinnen und Wähler wollten aber die Präsenz der PDS im Europäischen Parlament sichern.

Interessante Ergebnisse gab es im kommunalen Bereich. So brachte das erfolgreiche außerparlamentarische Wirken und die konkrete Tätigkeit vor Ort bemerkenswerte Kommunalwahl-Ergebnisse in Baden-Württemberg und im Saarland. In Püttlingen/Saarsteigerte die DKP ihren Stimmenanteil von 6,1 auf 15,6 Prozent, in Heidenheim von 3,8 auf 5,7 Prozent. Auch von der DKP unterstützte Bündnisse erreichten einige bemerkenswerte Ergebnisse: die „Tübinger Linke-PDS“ erreichte 8,6 Prozent und der Kommunist Gerhard Bialas ein Mandat im Stadtrat und im Kreistag; die von der DKP unterstützte Linke Liste-Solidarische Stadt in Freiburg erreichte 6,3 Prozent; die „Bunte Linke“ in Heidelberg 3,1 Prozent; die „Linke Liste Mannheim“ 2,1 Prozent.

Aus der Sicht der DKP bleibt es dabei: Die Entwicklung starker außerparlamentarischer Bewegungen und Aktionen war vor den Wahlen und bleibt nach den Wahlen die wichtigste Aufgabe.

Kurt Tucholsky (1921)

SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEITAG

*Wir saßen einst im Zuchthaus, und in Ketten, wir opferten, um die Partei zu retten,
Geld, Freiheit, Stellung und Bequemlichkeit.
Wir waren die Gefahr der Eisenwerke, wir hatten Blut im Herzen –
unsre Stärke war unsre Sehnsucht, rein und erdenweit.
Uns haßten Kaiser, Landrat und die Richter: Idee wird Mächt – das fühlte das Gelichter
Long long ago – Das ist nun heute alles nicht mehr so.*

*Wir sehn blasiert auf den Ideennebel. Wir husten auf den alten, starken Bebel –
Wir schmunzeln, wenn die Jugend revolviert.
Und während man in hundert Konventikeln mit Lohnsatz uns bekämpft und Leitartikeln,
sind wir realpolitisch orientiert.
Ein Klassenkampf ist gut für Bolschewisten. Einst piffen wir auf die Ministerlisten ...
Long long ago – Das ist nun heute alles nicht mehr so.*

*Uns imponieren schrecklich die enormen Zigarren, Autos und die Umgangsformen ...
Wir sehen nicht, was sie da mit uns machen, „nicht die Gefahren all“,
Skatbrüder sind wir, die den Marx gelesen. Wir sind noch nie so weit entfernt gewesen,
von jener Bahn, die uns geführt Lassall!*

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Kerosinsteuer jetzt!

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) unterstützt die Pläne der Bundesregierung zur Einführung einer Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge. „Die Angelegenheit duldet keinen Aufschub mehr“, sagt Brigitte Martin, Vorstandssprecherin des BUND Hessen. Der Umfang der geltenden Steuerbefreiung für Flugbenzin wird auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Diese Subvention kommt der Luftfahrt zugute, belastet als Einnahmeausfall den Bundeshaushalt und bedeutet eine indirekte Benachteiligung anderer Verkehrsträger, insbesondere der Bahn.

Nach einer Berechnung des Bundesverkehrsministeriums aus 2000, die die Fraport AG in ihrem Werbeblatt „Start frei“ am 4. 12.02 publiziert, beträgt das Steuergeschenk für den innerdeutschen Luftverkehr 5,1 Milliarden Euro pro Jahr.

Für den BUND ist besonders bedeutsam, dass diese Subvention an die Luftverkehrsgesellschaften sich als Anreiz zur Nutzung des extrem klimaschädli-

chen Flugverkehrs auswirkt und damit eine staatliche Einflussnahme zulasten anderer Verkehrsträger, insbesondere der Bahn, darstellt. Nach neuen Untersuchungen im Auftrag der Europäischen Union ist die Luftfahrt bereits heute ein bedeutender „Klimakiller“ und verursacht etwa 9 % der klimawirksamen Luftverschmutzung.

Die staatliche Subvention der Flugtickets ist für den BUND spätestens seit der Entwicklung auf dem Billigfliegermarkt nicht mehr akzeptabel, weil die so künstlich verstärkte Attraktivität des Flugzeuges sich insbesondere bei der Bahn in einer geringeren Fahrgastauslastung niederschlägt. Jede Personenbeförderung, die der Bahn fehlt, wirkt sich bei dieser aber preistreibend über das gesamte Fern- und Nahverkehrsnetz aus. Die Folge ist ein höherer Zuschussbedarf der Bahn durch die Bundes- und die Länderregierungen. „Billige Flüge durch den Verzicht auf die Kerosinsteuer sind damit auch Preistreiber für die Nahverkehrspreise“, erläutert Brigitte Martin vom BUND.

Rechtlicher Hintergrund ist die Einigung der EU vom 27.10.2003, die den Mitgliedsstaaten nach über 10-jähriger Diskussion ab 2004 endlich die nationale und bilaterale Besteuerung von Kerosin erlaubt.

21 Minuten

Der NRW-TÜV stellte fest, dass die Bewohner von Eddersheim nur 21 Minuten Zeit hätten, um bei einem Flugzeugabsturz auf das Ticoona-Werk vor den Trifluoridgasen zu flüchten.

Die Forderung der dortigen BI, die Route nur um 500 m nach Süden zu verlegen, wurde seither eiskalt abgelehnt. Die dortige BI hat daraufhin eine umfangreiche Beschwerde an die EU-Kommission nach Brüssel geschickt.

Nun hat die EU-Kommission mitgeteilt, dass Sie sich mit den jetzigen Ticoona-Überflügen befassen wird. Die EU will das Ergebnis seiner Prüfung und vom Ablauf eines etwaigen Vertragsverletzungsverfahrens unmittelbar mitteilen.

Kuba darf nicht zu einem zweiten Irak werden

Nicht unerwartet angesichts der nahenden Präsidentenwahlen präsentiert US-Außenminister Colin Powell der Welt einen 500seitigen Bericht, der von schärfsten Angriffen und Verleumdungen gegenüber Kuba nur so strotzt. Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man von einem „Papiertiger“ sprechen, zumal sich der Außenminister schon einmal vor dem UN-Sicherheitsrat mit einem ähnlich umfänglichen Bericht blamiert hat.

Der Bush-Administration scheint jedes Mittel recht, um sich bei den bevorstehenden Wahlen die Stimmen und auch das Geld aus dem Lager der reaktionärsten Kreise, vor allem der Exilkubaner zu sichern. Nach dem Debakel in Irak nehmen die USA nunmehr Kuba verschärft ins Visier. Nach unzähligen Mordversu-

chen gegen Fidel Castro soll die Schraube der Sanktionen und Repressalien noch weiter angezogen werden, praktisch wird das gesamte kubanische Volk in eine Art Geiselhaft genommen. Die Absicht ist unverkennbar: Kuba soll als der nächste „Schurkenstaat“ abgestempelt und international isoliert werden.

Ob kritisch oder weniger kritisch auf Kuba geschaut wird:

Wer nicht will, dass es ein nächstes Irak gibt, kann nur sagen: Hände weg von Kuba und eine klare Distanz zur abenteurerlichen Bush-Politik. Das gilt für die EU genau so wie für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Ortsbegehung der DKP/Offene Liste am Bornbruchsee

Im Juli stehen die Erweiterungspläne des Kalksandsteinwerks und die Erfüllung des Bornbruchsees auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste lädt zu einer Ortsbegehung ein, um sich noch einmal ein Bild von diesem massiven Angriff auf einen seit Jahrzehnten „renaturierten“ Bereich zu machen. Wir treffen uns am Sonntag, den 4. Juli 2004, 10.30 Uhr, am Haupteingang des Kalksandsteinwerks.

Im Anschluss an die Begehung ist die Einker in Naturfreundehaus geplant. Alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt sind herzlich eingeladen.

Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender

Verschiebebahnhof

Die Agenda 2010 und Hartz-Gesetze wollen die Sozialhilfe und Arbeitslosengeldzahlungen (Arbeitslosen-II) in die Kommunen verlagern und mit sogenannten Job-Centern die „Betreuung“ (Vermittlung) orts- und praxisnah regeln. Das würde bedeuten, dass die Kommunen sachlich und personell dafür eingerichtet sein müssten, was sie heute nicht sind. Welche Kosten entstehen dadurch, und wer trägt sie? Viele unbeantwortete Fragen stehen im Raum.

Die Städte wehren sich jedenfalls zu Recht gegen weitere Aufgaben ohne verbindliche Zusagen zur Finanzierung.

Auch der Kompetenzstreit zwischen Städten und Gemeinden auf der einen Seite und der Bundesagentur für Arbeit auf der anderen ist ein jämmerliches Schauspiel, bei dem Arbeitslose wie auf einem Verschiebebahnhof behandelt werden: Keiner will die Kosten der Arbeitslosigkeit tragen.

Bringen Job-Center/Arbeitsgemeinschaft/Optionsmodell mehr Arbeitslose in Beschäftigung? Es ist zu erwarten und zu befürchten, dass mit Billigjobs nur Kosmetik an der Arbeitslosenstatistik betrieben wird, dass Kosten von der Bundesanstalt für Arbeit auf die Städte verlagert werden und dass die Arbeitslosen weniger Unterstützung erhalten. Also Sozialabbau und Druck auf Arbeitslose.

Durch die Verlagerung der Arbeitsmarktproblematik auf die Gemeinden wird kein Arbeitsplatz mehr geschaffen. Bei den verschärften Anrechnungsbemittlungen des Sozialgesetzbuches für den Bezug des Arbeitslosengeldes II werden viele gar keine Geldleistungen mehr bekommen und aus der Arbeitslosenstatistik fallen.

Ein Ausweg aus der Misere ist nur durch Arbeitsplätze zu schaffen, die so dotiert sind, dass der Beschäftigte sich und seine Familie ernähren kann. Also Kampf um Arbeit und nicht Kampf gegen Arbeitslose!

R. D.

Erfolge bei Arbeitslosigkeitbekämpfung?

Im Windschatten der sogenannten Hartz-Gesetze sind die Regeln für die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit gleich mehrfach geändert worden. Die seit dem Frühsommer 2003 bis einschließlich Januar 2004 sinkende saisonal bereinigte Arbeitslosenzahl ist in starkem Maße auf diese Änderungen zurückzuführen. Mit den Rechtsänderungen zum 1. Januar 2004 und dann erneut zum 1. Januar 2005 wird sich dieser Trend fortsetzen. Der DGB will eine aus-

sagekräftige Arbeitslosenstatistik. Zugleich erteilt er allen Versuchen eine Absage, durch statistische Verschiebungen den arbeitsmarktpolitischen und beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf zur Behebung der Massenarbeitslosigkeit herunterzuspielen. Die Versuchung für die Politik sei nicht nur zu Wahlkampfzeiten groß, vermeintliche Erfolge am Arbeitsmarkt zu verkünden und hierbei die statistischen Veränderungen auszublenken.

Leserbriefe

Minderwertig?

Unsere Gegend ist nicht reich an natürlichen Seen und Teichen, die Badenden und anderen Naturliebhabern legal zugänglich sind. Die rege Nachfrage von oft weit Gereisten an den Bornbruchsee beweist das. Befremdlich klingt es, wenn Naturschutzverbände eine seit Jahrzehnten als See bestehende ehemalige Kiesgrube als „ökologisch minderwertig“ bezeichnen. Wenn dann noch Theorien Platz greifen, die offene Wasserstellen als wenig sinnvoll und gar schädlich erscheinen lassen, wird die Sache problematisch. Das Rhein-Main-Gebiet und vor allem der flughafennahe Raum sind extrem trocken. Das zeigen nicht nur der heiße und niederschlagsarme Sommer des vergangenen Jahres, das Winterhalbjahr und der Frühling dieses Jahr. Das Kleinklima ist gestört durch hohe Waldverluste – nicht nur durch den Flughafen. Durch Aufheizen dieser Freilflächen – asphaltiert und betoniert – entsteht Thermik, die Wetterfronten beeinflusst. Die Wolken regnen dort seltener ab. Offene Wasserstellen mildern diesen Effekt. Fazit: Umweltschützer müssen nicht immer Recht haben.

Absender der Redaktion bekannt

Herzlichen Dank

allen, die regelmäßig für den „blickpunkt“ spenden. So bleibt „blickpunkt“ die „kleine Zeitung mit der großen Wirkung!“

Die „blickpunkt“ Redaktion

Der
blickpunkt
freut sich
auf
Leserbriefe

Ferienspiele 2004

Dieses Jahr gab es für die Anmeldung zu den Ferienspielen in Walldorf ein geändertes Verfahren, das „allen Kindern und Eltern die gleichen Möglichkeiten einräumen sollte“. Der Anmeldetermin war Montag, 29. März um 18.30 Uhr im JUZ. Die Situation war nun folgende: etwa 90 Eltern standen um 18.00 Uhr vor der Tür des JUZ. Die ersten Eltern waren nach eigenen Angaben schon um 16.30 Uhr an Ort und Stelle. Um Punkt 18.30 Uhr wurde man dann hereingelassen. Auf Tischen lagen die Anmeldeformulare, die Wände wurden als Schreibunterlage benutzt, überall stand jemand, so dass die später hereinkommenden größte Mühe hatten, überhaupt bis zu den Formularen zu kommen, geschweige denn einen Platz zum Schreiben zu ergattern. Es wurde geschubst, gedrängt und rücksichtslos gehandelt. 18.38 Uhr stand auf meiner Anmeldung, leider keine Zusage sondern nur ein Wartelistenplatz. Ich habe noch Formulare weitergereicht und bin zur Seite gerückt, um anderen auch noch einen Platz zum Schreiben zu lassen.

Wir predigen unseren Kindern, sich rücksichtsvoll zu verhalten und müssen ihnen nun erklären, dass zu rücksichtsvolles Verhalten nicht immer zum Ziel führt. Diese Art des Anmeldeverfahrens ist chaotisch und entwürdigend, wenn wir uns wie Furien auf die anderen stürzen und die Ellenbogen einsetzen müssen und nur das Recht des Stärkeren behohlt wird. Das kann doch wohl nicht angehen.

Gibt es nicht eine, gerechtere würdigere Form? Und im Namen der Kinder doch noch eine Möglichkeit zu einer sinnvollen Beschäftigung in den Ferien?

A. Streng, eine berufstätige Mutter

Teure Diakoniestation

Soziales Engagement ist gerade in heu-
tiger Zeit lobend zu würdigen. Doch darf
die Betrachtung des Einsatzes nicht die
Realität außer Acht lassen. Realität ist,
dass die kirchlichen sozialen Dienste in
Konkurrenz zu privaten Dienstleistern
stehen.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung
schoss die privaten Pflegedienste wie
Pilze aus dem Boden. Plötzlich war mit
der Pflege von alten und behinderten
Menschen Geld zu verdienen. Die
Diakoniestation Mörfelden-Walldorf,
die aus der Evangelischen Frauenhilfe
hervorging, ist ein Hilfsdienst der Ev.
Kirchengemeinden von Mörfelden und
Walldorf. Sie war auch gezwungen, sich
professionell zu organisieren. Ein Vertrag
mit der Stadt (1995 geschlossen) regelt
die finanzielle Unterstützung durch die
Stadt. Weil sich die Defizite der Diakoniestation
jährlich vergrößerten, wurden
Stadtverordnete – quer durch alle
Fraktionen – aufmerksam. Wie sieht der
Vertrag aus, welche Laufzeit hat er, gibt
es eine Mitsprache der Stadt, wie ist die
Gleichbehandlung mit anderen Leistungs-
anbietern? Solche Fragen blieben lange
Zeit unbeantwortet. Daraufhin verhängte
die Stadtverordnetenver-

sammlung einen Sperrvermerk bei diesem
Haushaltsansatz, der immerhin auf
65.000 Euro für 2004 und 2005 angeho-
ben wurde. Nun soll der Sperrvermerk
aufgehoben werden.

Ist die Sache geprüft, welche evtl. Konsequenzen
resultieren aus der Prüfung?

Wir meinen, da ist noch Klärungsbedarf.
In der Vorlage an das Stadtparlament
steht zu lesen, dass die 65.000 Euro
bereits im Februar überwiesen wurden.
Da muss man sich doch fragen warum
ein Parlament überhaupt noch besteht?

Rudolf Dötsch

Glückwunsch, Dank und weiter so.

Für 20 Jahre ehrenamtliche Arbeit
als Stadtverordneter und Mitglied
des Magistrats wurde Rudolf Dötsch
mit der Ehrenbezeichnung „Rats-
herr“ geehrt.

Der Bürgermeister kam nicht um-
hin, dem langjährigen Mandatsträger
der DKP - heute DKP/Offene
Liste - ein hohes Maß an Engage-
ment zu bescheinigen. Auch als
„Ratsherr“ wird Rudolf Dötsch aus
politischer Überzeugung und mit
kommunalpolitischer Kompetenz im
Interesse der „kleinen Leute“ weiter
arbeiten. Im Magistrat und außer-
parlamentarisch.



Ballungsraumgesetz

Unter dieser Bezeichnung hat die Lan-
desregierung die „Stärkung der kommunalen
Zusammenarbeit und Planung in der
Region Rhein-Main“ beschlossen. Damit
werden Hoheitsrechte der Kommunen
beschnitten. Außerdem entstehen
Kosten für die schon arg strapazierten
Gemeindekassen. So hat unsere
Stadt jährlich ca. 190.000 Euro zu zahlen.
Das Parlament hat, wie 24 andere
hess. Städte, gegen dieses Gesetz
geklagt und die Zahlungen nur unter
Vorbehalt geleistet. Der Hess. Staats-
gerichtshof hat nun diese Klage abschlägig
beschieden.

Doch die Probleme bestehen weiter.
Zweckverbände (bisher noch auf freiwilliger
Basis) sollen die Zusammenarbeit
fördern. Gedacht ist hierbei an Müllent-

sorgung, Wasser- und Abwasserverbände
etc. Dagegen ist auch nichts einzu-
wenden, weil dadurch Kosten eingespart
werden können.

Anders ist es mit der Planungshoheit.
Sie geht an die neue Verwaltungseinheit
über. Flächennutzungsplanung wird in
Zukunft den Kommunen entzogen. Dies
liege „im dringenden öffentlichen Inter-
esse“, so das Gericht. Ob und wo ein
Baugebiet entsteht, entscheidet also
nicht mehr die Stadt. Sie kann nur per
Bebauungsplan die Höhe der Bebauung,
die Baudichte, die Straßenführung
etc. festlegen.

Für das neue Ballungsraumgebiet gibt
es ein Parlament und Verwaltung. Das
kostet. Zwar werden von dieser Behörde
die Planungen betrieben und bezahlt,
doch für unsere Stadt bedeutet dies, dass
sie für ihre Beiträge im nächsten Jahr-

zehnt keine Leistung erhält, weil sowohl
Flächennutzungs- und Grünplanung
neueren Datums sind.

Das Ballungsraumgesetz ist eine
Diskussionsstufe. Andere Modelle der
Zusammenführung in der Region geistern
durch die politische Landschaft. Die
Landes-SPD strebt ein Regionalkreis-
Modell an und OB Roth von Frankfurt
favorisiert ein Stadtkreis-Modell.

Ist es sinnvoll Landkreise zu zerschneiden
oder Städte wie Darmstadt oder
Wiesbaden auszuklammern und somit
gewachsene Strukturen zu zerstören?
Die Frage für wen die Zusammenschlüsse
Vorteile bringen, ist ebenso zu beant-
worten. Bei so großen Verwaltungsein-
heiten bleiben meist Bürgernähe, Über-
schaubarkeit und Demokratie auf der
Strecke. Und billiger und effektiver wird
die Verwaltung allemal nicht. RD

Gute Gründe den Kulturbahnhof zu erhalten

Es gibt gute Gründe den Kulturbahnhof zu erhalten: Fast fünfzig solche Gründe sind die Veranstaltungen, die bisher im KuBa veranstaltet wurden. Seit einem dreiviertel Jahr wird im Mörfelder Bahnhof die kulturelle Landschaft der Doppelstadt belebt. Doch schon vieles in dieser Landschaft hat der Kulturbahnhof seit der Eröffnung im letzten September zum Besseren verändert. Das heißt nicht bloß, dass es jetzt mehr Kultur und Party oder noch eine Kneipe gibt. Der KuBa steht für eine andere Vorstellung davon, wie eine angenehme Veranstaltung aussehen sollte.

Wenn es dort eine Party gibt, dann sind die Menschen hinter der Theke nicht Lohnarbeiter. Sie müssen nicht hoffen, dass die vor der Theke möglichst soviel „vom Chef seinem Whisky saufen“, dass der ihnen weiter ihren Stundenlohn auszahlen kann. Und weil es ohne finanziellen Druck viel mehr Spaß macht zu organisieren und mitzufeiern, herrscht im alten Bahnhofsgelände auch eine andere Atmosphäre als in einer „normalen“ Bar oder Kneipe. Wenn der Verein für die Räume eine – nicht bloß symbolische – Pacht bezahlen müsste, dann würde auf den KuBanern der gleiche „Rentiert sich das?“-Druck lasten, wie auf allen anderen Veranstaltern auch.

Hätte der KuBa-Betreiberverein diesen Zwang zur Wirtschaftlichkeit schon von Beginn an zu spüren bekommen, wäre z. B. von der KHAN CONNECTION eine hohe Raummiete kassiert worden. Oder aber die einzige Veranstaltung weit und breit, die sich regelmäßig mit Musikkultur(en) beschäftigt, hätte einen Mindestumsatz beim Getränkeverkauf erwirtschaften müssen. Der erste Abend dieser bei Musikfans mittlerweile Kultstatus genießenden Veranstaltung war jedoch nicht allzu gut besucht. Folgerichtig hätte es in einem kommerziellen Laden wohl keine weiteren Abende mit Filmen, Dias und DJ's im Zeichen der verschiedensten Musikrichtungen – ob populär oder underground – gegeben. Auch andere musikalische Menschen haben im Kulturbahnhof die Möglichkeit sich nach ihren eigenen Vorstellungen auszuleben. Franz-Rudolf Urhahn zum Beispiel, der jeden Monat seine beliebte Plattennostalgie-Show „Rettet das Vinyl“

feiert, begründet sein Engagement für den KuBa so: „Die Idee meine Plattensätze mit anderen zu teilen hatte ich schon länger, aber ich konnte die Leute ja schlecht in mein Wohnzimmer einladen. Als dann das KuBa aufmachte, dachte ich gleich: Da kann man das machen.“ Wer weiß, ob er seine tolle Idee sonst jemals umgesetzt hätte!?

Auch die Zahl der Rock- und Blueskonzerte in Mörfelden hat sich in den letzten neun Monaten deutlich gesteigert. Bemerkenswert ist dabei, dass die bereits bekannteren Musiker – wie die Mitglieder von Chickenhead oder vom „1. Südhessischen Ukulelenorchester“ – bei ihren Gagen Abstriche machten, um den neuen Kulturstandort zu fördern. Auf die Art helfen sie auch dem Musikernachwuchs. Denn seit es im JUZ immer weniger Konzerte gibt, dümpelt die früher eindrucksvolle Bandszene vor sich hin.

Mit dem KuBa aber gibt es jetzt wieder eine Location, die nicht zu groß ist und in der auch Gruppen ran dürfen, die (noch) keine zwanzig Platin-Alben vorweisen können. Zur Eröffnung spielten bereits zwei jüngere Rockbands. Wenn das KuBa erhalten bleibt, soll es demnächst weitere Abende für und mit den lokalen Rock-, Metall- und wasauchimmer-Bands geben.



Eine rappelvolle Veranstaltung im KuBa. Rezzibabbel mit seinem Stoltze-Abend.

Aber nicht nur musikalisch versuchen die Aktiven im KuBa ihren Gästen ein anspruchsvolles Programm zum Selbstkostenpreis zu bieten: Auch politisch Engagierte und Cocktailmixer, Fotografen und Malerinnen sind im KuBa willkommen, solange sie nicht rechtsradikales Denken fördern oder bloß ihr Konto

KuBa



Veranstaltung im Kulturbahnhof Mörfelden

8. Juli 2004
20 Uhr

„Rettet das Vinyl“
Schallplattenabend

Interpreten mit dem
Anfangsbuchstaben „I“

Eintritt frei

füllen wollen. So hat sich bisher jede Veranstaltung in dem hart erkämpften Kulturcafé rentiert, weil rentieren dort nicht bedeutet zuerst zu fragen: „Wie viel Kohle haben wir heute gemacht“, sondern: „wie war die Stimmung?“ oder „wie lief die Diskussion?“. Wenn dann mal zu einer Veranstaltung über die Lehrstellenkrise oder zum Kosovokriegs-Gegner Jürgen Elsässer nur halb so viele Leute kamen, wie zum Irakkriegs-Gegner Tobias Pfleger, war man zwar über das geringe Interesse traurig, freute sich aber eben an der sauberen Recherche der Referenten.

Und so ist es in der Kommerzfreien Zone KuBa mit allen Veranstaltungen. „Erst mal dem eigenen Anspruch gerecht werden und möglichst viele verschiedene Interessen befriedigen, dann gucken wir aufs Geld!“ Das war stets das Motto im KuBa, ob bei dem schwer verdaulichen Theaterstück El Batarä über einen politischen Gefangenen oder bei Satire light, wenn mit Klavierbegleitung „Stupid White Men“ gelesen wurde. Genau das macht den Mörfelder Bahnhof ja zu einem Kulturbahnhof.

Es wäre schade, wenn vor dem nächsten Theaterstück – egal ob Mundart, politisch oder einfach unterhaltsam – erst mal eine Ballermann-Party veranstaltet werden müsste, um die Mietkosten einzuspielen.

Die Kapitulation vor dem Kapital

Die wirklichen Entscheidungsträger in dieser globalisierten Welt sind die Mächtigen der Wirtschaft ja schon lange. Den Regierungen wird zwar noch das formale Geschäft überlassen, aber der Druck des Kapitals und der Unternehmensverbände steigt ständig. Öffentlich forsches Auftreten der Bosse und ihrer Verbandvertreter mit immer neuen Forderungen, auch in den Medien, ist an der Tagesordnung. Bislang bestimmte die Wirtschaft über ihre Lobbyisten und der inzwischen ausufernden Beraterätigkeit im Regierungsgeschäft mit. Die Vertreter von 1760 Interessenverbänden gehen im Bundestag ein und aus. Angeblich immer unabhängige Gutachter, tausende Berater und sonstige Experten wollen in Bund, Ländern und Gemeinden „beim Regieren helfen“. Allein die Bundesregierung hat seit 1999 hierfür 168,8 Millionen Euro gezahlt. Ingesamt setzt die Branche Jahr für Jahr mehr als zwölf Milliarden Euro um. Dafür diktiert sie Ministerialbeamten Verträge mit der Wirtschaft (z. B. LKW-Maut) und bestimmt über Kommissionen (Rührup, Herzog und Hartz) wo es lang zu gehen hat. Die Politik setzt ihrer schleichenden Entmachtung kaum Widerstand entgegen; eher entsteht der Eindruck, sie fördere die eigene Bedeutungsminimierung nach Kräften.

Die Wirtschaft nimmt inzwischen auch die dritte Gewalt, die Justiz, ins Visier, wie Berlusconi in Italien. Sie ist dabei die Justiz zu disziplinieren und zur Ordnung zu rufen. Als sich Manneemann-Aktionäre und der Chef der Deutschen Bank für allzu dreiste Selbstbedienung vor Gericht rechtfertigen mußten schrieb ein Manager-Blatt: „Wenn Staatsanwälte und Strafgerichte künftig über Vorstands-

bezüge zu entscheiden haben, hätten wir Zustände wie in der Planwirtschaft“. Auch CDU-Chefin Angela Merkel sprang den Bossen bei und meinte, dass der

Prozess ein schwerer „Schlag für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ ist. Mit soviel Unterstützung ermutigt trat Josef Ackermann mit dem Victory-Zeichen vor seine Richter.

Die Folgen dieser „Kapitulation vor dem Kapital“, dieses Nachgebens sind in der Regierungspolitik von Rot-Grün täglich sichtbar. Sie haben Namen wie Gesundheitsreform, Rentenreform, Nachhaltigkeitsfaktor, Steuerreform, Verlängerung der Arbeitszeit, Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre, Lehrstellenknappheit, Kürzung der sozialen Leistungen, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Wegfall der Vermögens- und Erbschaftsteuer, Abschreibungsmöglichkeiten für Großkonzerne (Vodafone), aber auch die Richtung der Außenpolitik inkl. Rüstungsetat. H.H.

SPD stoppt Lehrstellengesetz

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt beurteilt die Bundesagentur für Arbeit (BA) schlechter als im Vorjahr. Ende Mai hatten 312.000 Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz – 1,5 Prozent mehr als im Jahre 2003. Landesweit kommen in Hessen lt. „Frankfurter Rundschau“ vom 9. Juni auf 100 Bewerber nur 39 offene Stellen. Schlimmes Beispiel liefert die Stadt Köln. Dort hatten nach einer Befragung Ende Februar nur 5,3 Prozent aller abgehenden Schüler einen Ausbildungsplatz. Die wenigen Lehrstellen werden vor allem von deutschen Schülern mit Mittlerer Reife besetzt. Insgesamt hat sich die Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze in vier Jahren um 11,5 Prozent

reduziert. Von den 2,1 Millionen Betrieben in Deutschland sind 56 Prozent zur Ausbildung berechtigt, aber nur 23 Prozent bilden noch aus. Hier kann nur die seit Jahren geforderte Ausbildungsumlage helfen. Auf allgemeinen Druck hat der Bundestag im Mai das von Rot-Grün eingebrachte „Gesetz zur Förderung der Berufsausbildung“ beschlossen. Betriebe die

nicht, oder nicht genügend ausbilden sollen zahlen. Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigte oder mit wirtschaftlichen Problemen sind von der Umlage ausgenommen. Nun wird bekannt, dass die SPD wieder einmal vor dem Kapital einknickt. Sie will auf die Verabschiedung des Gesetzes verzichten, falls die Wirtschaft Ausbildungsplätze für alle Bewerber verbindlich garantiert. Angesichts der katastrophalen Situation ein Skandal. H.H.

Freiwillig und folgenlos

Das Ausbildungsabgabe-Gesetz wurde von der SPD gekippt. Dafür soll eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft treten.

Mit dem unterzeichneten Ausbildungsabgabe-Pakt, den Schröder als großen Fortschritt verkauft, verpflichtet sich die Wirtschaft dazu, Lehrstellen weit unterhalb des Bedarfs zu schaffen. Und wenn sie nicht einmal das tut, ist es auch egal-Sanktionen sind nicht vorgesehen.

Damit haben die Unternehmer faktisch alles durchgesetzt, die Regierungspartei dagegen so gut wie nichts. Genau genommen ist der Ausbildungsabgabe-Pakt, der diesen Namen kaum verdient, ein Freibrief für die Wirtschaft, der Politik und vor allem den jungen Leuten, die Ausbildung suchen, weiter auf der Nase herumzutanzten. Führende Sozialdemokraten wie Schröder und Clement wollten nie etwas anderes. Dass dabei ein Parteitagbeschluss und ein schon verabschiedetes Gesetz über Bord gingen – was stört's?

Das Gesetz für eine Ausbildungsumlage war das Prestigeobjekt, mit dem Franz Müntefering Anfang des Jahres als neuer SPD-Chef angetreten ist. Mehr Soziales, das sollte die Botschaft sein. Jetzt hat sich die Sozialdemokratie wieder einmal über den Tisch ziehen lassen. Wenige Tage nach den verheerenden Wahlniederlagen lässt sich der Kanzler erst von den Wirtschaftsspitzen für eine Politik beklatschen, die seine Partei existenziell gefährdet, und fädelt dann einen Deal ein, die von der SPD Enttäuschten nun bestätigen wird. Die Japaner haben dafür ein treffendes Wort: Harakiri. rh





Der Holztransport, besonders das Abfahren von Langholz aus dem Wald in die Sägewerke, war Mitte der 1920er Jahre, als das Foto entstand, noch Schwerstarbeit für die Fuhrleute und ihre Pferde. Auf Traktor und Lastwagen konnte noch nicht zurückgegriffen werden. Nachdem die Holzfäller ihr Werk vollendet hatten, konnten die vom Astholz getrennten Baumstämme mit einem Pferd an die Aufladestelle geschleift (gerückt) werden. Zum Beladen des Langholzwagens, noch ohne Kran, war viel Geschick erforderlich. Die Stämme wurden von den Pferden mit Ketten über aufgelegte Hölzer (Aufdreher oder „Üffdreher“ genannt) auf den Wagen gerollt. Dann kam das Abfahren über unbefestigte Wald- und Wiesenwege, wozu manchmal, wie auf dem Foto zu sehen, drei Pferde vorgespannt werden mußten. In Feuchtgebieten waren diese Arbeiten oft nur auf gefrorenem Waldboden möglich. Die Mörfelder Fuhrleute auf dem Bild sind von links, Heinrich Jungmann aus der Westendstrasse und Jakob Acker aus der Dreihäusergasse, rechts sein Sohn Heinrich Acker.



Wörter, die in Vergessenheit geraten: Der **Langholzwagen** war ausziehbar, verbunden zwischen Vorder- und Hinterachse mit dem **Langbaum**, auch **Langwit** genannt. Der **Wagenbaiken** oder **Waagebalken** war vor der Vorderachse aufgesteckt, daran wurden die Zugketten des Pferdes, oder bei zweispännigem Fahren zwei **Zugscheitel**, auch **Ort-** oder **Sellscheitel** genannt, eingehängt. **Langwitthocker** nannte man diskriminierend die leicht geistig, manchmal auch körperlich behinderten Männer, die bei den Bauern für Kost, Unterkunft und vielleicht ein Taschengeld arbeiteten. Der Name rührt daher, weil diese nicht vorne neben dem Bauer auf dem Wagen sitzen durften, sondern hinten auf der Langwit ihren Platz hatten.

Zeckenalarm

Wie entlemt man fachmännisch eine Zecke? CSU-Mann Michael Glos weiß es. Man geht ihr aus dem Weg. Er hat soeben Zeckenalarm ausgerufen und damit seine und die Schwesterpartei CDU zu erschrecken versucht. Die Grünen sind es, die er im Unterholz ausgemacht hat, lauend auf frische Blutzufuhr aus der Wade eines kernigen bayerischen Müllerssohnes. Das Wirtstier komme immer schlechter weg, erklärt Michael Glos, womit er einen weiteren bayerischen Berufsstand erbleichen lässt. Wer nichts wird, wird Wirt – das gilt schließlich überall, außer in Bayern. Doch während einige ertrappte Grüne die Vorstellung von Glos' Wade angeekelt abzustreifen versuchen, mögen andere schon ein wenig enttäuscht sein.

Nicht so sehr wegen der Titulierung, die junge Neonazis sonst gern für das Ausmalen ihrer Linken-Feindbilder benutzen. Auch Glos kennt man als einen, der gern erst draufhaut und dann nachsieht, was er dabei gerade in der Hand hatte. Leichtthin beschimpfte er vor nicht so langer Zeit Trittin und Fischer als „Öko-Stalinsten und ehemalige Terroristen“. Unschön ist für die Grünen vielmehr, dass es bei CDU und CSU offenbar nicht so einfach wäre wie mit der SPD. Außer Koch und Kellner gälte es noch die Rolle des Wirts zu besetzen.

Unser Lexikon

Schbrisch

Bees
muß bees
vertreiwe.